

# Lichtenstein-Gallberger Tageblatt

Früher Wochen- und Nachrichtenblatt

Tageblatt für Gohndorf, Adlitz, Bernsdorf, Wilsdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, Reudersfel, Ortmannsdorf, Wilsen St. Nicola, St. Jacob, St. Nikola, Stangendorf, Darna, Niedermüllern, Ruffschappel und Zirschheim

Amtsblatt für das kgl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Lichtenstein

Älteste Zeitung im königlichen Amtsgerichtsbezirk

Nr. 40

Verbreitete Zeitung im Amtsgerichtsbezirk

Mittwoch, den 18. Februar

Haupt-Vertriebsorgan im Amtsgerichtsbezirk

1914

Dieses Blatt erscheint täglich, außer Sonn- und Festtagen, ausgenommen für den folgenden Tag. — Vierteljährlicher Abonnementspreis 1 Mk. 50 Pfg., durch die Post bezogen 1 Mk. 75 Pfg. Einzelnummern 10 Pfg. Abbestellungen nehmen außer der Expedition in Klagenfurt, Dorotheumstraße Nr. 66, als kaiserliche Postanstalt, Postboten, sowie die Anstreger entgegen. Inserate werden bis fünfspaltigen Grundzeilen mit 10, für gewöhnliche Zeilen mit 15 Pfg. berechnet. Kleinanzeigen 20 Pfg. Die amtlichen Stellen kostet die postpflichtige Stelle 30 Pfg. Druckpreis Aufschlag Nr. 7. In einem Anzeigen Blatt bis 10 Zeilen einschließlich 10 Mk. Telegramm-Adresse: S a g e b l a t t.

## Das Wichtigste.

- \* Im Reichstag fand am Montag die erste Beratung des Etats des Reichsjustizamtes statt.
- \* Prinz Wilhelm zu Wied, der am Sonntag nach Berlin zurückgekehrt ist, wird am 19. Februar die albanische Abordnung in Reuwid empfangen.
- \* Prinzessin Wilhelm von Baden ist gestern morgen kurz vor 5 Uhr verstorben.
- \* Nach lebhafter Debatte nahm der Bund der Landwirte eine Entschließung gegen die demokratische Entwicklung im Reiche an.
- \* Das deutsche atlantische Geschwader ist in Rio de Janeiro eingetroffen und festlich empfangen worden.
- \* Am Sonntag haben die Wahlen für die rumänische Kammer in der ersten Wählerklasse stattgefunden. Es wurden gewählt 56 Liberale, 5 Konservative und 5 Demokraten. Es haben 13 Stichwahlen stattgefunden.
- \* Der frühere Minister des Auswärtigen Sicotte hat sich in Tokio gehalten.

## Aus dem sächsischen Landtage

In der 2. Kammer kam gestern anlässlich des Statutensatzes, betreffend die Vertretung Sachsens im Bundesrat, Dr. Jöppel auf die hervorgehobenen partikularistischen Behauptungen zu sprechen. Er führte u. a. aus: Graf Nord hat den preussischen Gedanken über den Reichsgedanken gestellt. Und der Einfluss Preussens auf die Reichspolitik ist doch wahrlich nicht gering. Man hat den Antrag Kaisermann-Gruberger verantwortung gemacht für die Schäden der Reichsfinanzreform. Die Ursache liegt aber weiter zurück: In der Ablehnung der Erbsteuer und dem Bruch des Bülowbunds (sehr richtig). Der preussische Partikularismus ist nach einem Ausspruch Bismarcks der schlimmste Feind des Reichsgedankens. In der Reichsverfassung liegt die Sicherheit für die Unantastbarkeit der Selbstständigkeit der Bundesstaaten. Die finanzielle Abhängigkeit des Reiches von den Bundesstaaten gibt dem kräftigsten Steuerzahler, das ist Preußen, den größten Einfluss auf das Reich. Wenn die Einzelstaaten zu dem ihnen gebührenden Einfluss gelangen sollen, dann müssen wir das Reich finanziell sicher stellen. Die Reichsverfassung ist für uns ein erhaltenswertes Ideal, nicht ein Bilanzposten, den man gelegentlich auch wegkassieren kann. Wer monarchisch ist und den monarchischen Gedanken rein erhalten will, darf nicht aufsehen, wenn die Bundesstaaten unter den Einfluss Preussens kommen. Wir wünschen eine Politik frei von dem übertragenden Einfluss Preussens und werden uns gegen eine partikularistische Umgestaltung der Reichsverfassung, die zur Ausschaltung der Bundesstaaten führt, Leb's, Bravo!

Dr. Jöppel meint, der Vorstoß des Grafen Nord hat keine Legitimation aus der Haltung der sächsischen Regierung genommen. Darin liegt ein großer Vorwurf: Die sächsische Regierung will sich durch einen Appell an die Öffentlichkeit gewendet haben, mir ist ein derartiger Vorgang unbekannt. Die sächsische Regierung hat zur Frage der Reichsfinanzreform in diesem Hause Stellung genommen, auf Verlangen, die aus dem Hause kamen. Durch diese Stellungnahme war die Öffentlichkeit über die Stellung der sächsischen Regierung unterrichtet. Ich muß entschieden in Abrede stellen, daß die Regierung irgend welchen Appell an die Öffentlichkeit gerichtet hat. Die Regierung hat das unterlassen aus Rücksicht auf den Bundesrat und die einzelnen Bundesregierungen, die anderer Ansicht waren. Auch ich habe es nicht für erwünscht, Meinungsverschiedenheiten aus dem Bundesrate vor die Öffentlichkeit zu bringen. Aber das Recht der Kritik müssen wir

für uns in Anspruch nehmen. Das ist unsere Pflicht nach Artikel 9 der Reichsverfassung. Wenn wir bisher so selten von diesem Artikel Gebrauch gemacht haben, so liegt das in der eben gekennzeichneten Rücksichtnahme. Gewöhnlich sagt man, die Regierung trete zu wenig in die Öffentlichkeit mit ihrer Meinung. Parteitendenzen liegen der Staatsregierung fern, ich kann darüber den Abg. Dr. Jöppel völlig beruhigen. Aber es liegt ihr ob, die Grenze zwischen reichs- und bundesstaatlichen Einfluss aufrecht zu erhalten.

Finanzminister v. Seldewitz: In der Thronrede lag keine Klacht in die Öffentlichkeit. Es war Pflicht der Regierung, ihre Stellungnahme zur Frage der Finanzreform dem Landtage bekannt zu geben. Die Regierung habe nicht schmolend beiseite gestanden. Sie hat der Erweiterung der Erbschaftsteuer beigestimmt, auf die Landessteuer verzichtet etc. etc. Damit war der Hauptteil der Debatte erledigt. Nur in der Besitzsteuerfrage waren wir anderer Meinung. Die sächsische Regierung weiß sich von Partikularismus frei.

Die Parole der Minister werden von liberaler Seite durch die Abg. Dettner und Koch als nicht durchschlagend gekennzeichnet. Der Abg. Fischer benutzte diese Gelegenheit zu einer Resolution über Chauvinismus, Jähren etc. Ihm entsagte wirksam der Abg. Lwin, der auch auf die Reichsvermögenswachstumssteuer zu sprechen kam. Schließlich wurde die Verhandlung abgebrochen, da das Haus sich als nicht beschlußfähig erwies.

## Deutsches Reich.

**Berlin.** (Kordicahrt des Kaisers.) Der Kaiser wird am 3. März nach Wilhelmshaven zur Beerdigung der Marinekadetten reisen. Auf der Rückfahrt wird der Kaiser einen kurzen Aufenthalt in Oldenburg nehmen, um dem Großherzog einen Besuch abzustatten. Für den 6. und 7. März ist eine Fahrt nach Delphand geplant, wo der Kaiser den Fortgang der Befestigungsarbeiten und der Neubauten der Kasernen besichtigen wird. Die Rückfahrt erfolgt über Bremerhaven und Bremen. Dort wird der Kaiser am 7. März einer Einladung des Senats zu einem Frühstück im Ratshaus folgen.

(Das Bagdad-Abkommen.) Es wird uns berichtet, daß das deutsch-französische Bagdad-Abkommen vorläufig nicht veröffentlicht werden wird, da zunächst die mit England schwebenden Verhandlungen zu Ende geführt werden sollen. Ob der von einem Berliner Blatte angekündigte Termin für die Veröffentlichung — Ostern — eingehalten werden kann, hängt von dem Verlaufe der letzteren Verhandlungen ab.

(König Ludwig gegen den Preußenbund.) Wie die Augsburger Abendzeitung erfährt, hat sich König Ludwig von Bayern in einer Unterredung sehr abfällig über den Preußenbund geäußert und es als bedauerlich bezeichnet, daß niemand zum Einlenken geraten habe und daß nicht bei der ersten Gelegenheit die unbestreitbaren Entzweiungen zurückgeworfen wurden.

(Eine Niederlage des Großblocks in Baden.) Nach dem vorläufigen amtlichen Wahlresultat erlitten bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Baden 7 bei 27 378 Wahlberechtigten Prof. Dr. Joseph Wirth (Freiburg, Zentrum) 13 137 Stimmen und Stobatz und Kaufmann Leop. Kößl (Starkruhe, National-liberal) 13 050 Stimmen. Wirth ist somit gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 99,08%. Man erkennt daran, wie scharf von allen Seiten gelämpft worden ist. In der Reichstagswahl vom 3. d. M. erhielt Prof. Wirth 12 259 Kößl 616 und der Sozialdemokrat Geiler 3082 Stimmen. Danach hat Kößl sämtliche Stimmen der Sozialdemokraten sowie noch einige Reserven erhalten, während es Wirth

gelang, die letzten Stimmkräfte seiner Partei an die Wahlurne zu bringen. So unerfreulich es ist, das Zentrum im Reichstag weiter gekürzt zu sehen, so lehrreich ist dieser Wahlausgang für die national-liberalen Freunde des Großblocks, von dem sie allein alles Heil erwarten. Dieses Wahlergebnis gibt dem Minister v. Bodmann recht, der am 3. d. M. der Heberzeugung Ausdruck gab, daß die Großblockpolitik dahin führen müsse, daß die Parteien der Mitte, die Liberalen, zwischen Sozialdemokraten und Zentrum zerrieben würden.

Der Gesundheitszustand in der deutschen Armee. Während soeben in der französischen Kammer bei der Debatte über den Gesundheitszustand des Heeres recht hohe Ziffern der Kranken bekanntgegeben wurden, hält der Berliner Vertreter eines französischen Blattes es für angebracht, zu berichten, daß auch das deutsche Heer einen hohen Krankenstand aufweise, wobei er allerlei Krankheiten erwähnt, die im deutschen Heere angeblich herrschen. Wie wir demgegenüber erfahren, ist der Gesundheitszustand unseres Heeres so gut wie lange zuvor nicht. Die französische Korrespondenz hat lediglich alle Krankheitsfälle zusammengestellt, die im Laufe des letzten Jahres aus den einzelnen Garnisonen gemeldet worden sind. Uebrigens wird demnächst eine amtliche Veröffentlichung in dieser Sache erscheinen.

Die amerikanischen Kriegervereine gegen „Jahrbuch“. Wie der Korrespondenz „Deer und Politik“ mitgeteilt wird, hat ganz kürzlich der „Deutsche Kriegerbund“ in Amerika gegen die Ausführungen des sogenannten „Jahrbuch“, das in unerhörter Weise eine Verzerrung und Verhöhnung deutscher Zustände auf die Bühne bringt, in schärfster Weise Protest erhoben. So tiefbestimmend es ist, daß sich ein Deutscher, Herr Adolf Phillips, gefunden hat, der sein Heimatland durch ein derartiges Nachwort in den Augen anderer Nationen tief herabsetzt, so erfreulich und annehmlich berührt es, zu sehen, wie bei dieser Gelegenheit tausende deutscher Männer, die den Zusammenhang mit der Heimat noch nicht verloren haben, ihre deutsche Stammeszugehörigkeit und ihr vaterländisches Empfinden mit wohlthuender Bestimmtheit bekunden.

## Rußland.

Stockholm. Der Bürgermeister von Stockholm fordert die Abiegung des Königs. Am Sonntag ist hier die erste Nummer der neuen Zeitung „Die Republik“ erschienen. In ihren Mitarbeitern gehören der Stockholmer Bürgermeister und der sozialdemokratische Abgeordnete der zweiten Kammer Lindhagen. Der Leitartikel trägt die Überschrift: „Mein König“. Er behauptet, daß die jüngsten Ereignisse eine hart republikanische Stimmung im ganzen Lande nicht nur innerhalb der Arbeiterschaft, sondern auch im Generalkommando und in der Mittellasse erzeugt haben. Er fordert Abiegung des Königs. Die Modifikation des Verfassens am Sonntagabend eine Verfassung ab, in der ebenfalls lebhaft für die Einsetzung der Republik agitiert wurde. Die liberalen Parteien sind bereit, in den Wahlkampf einzutreten, da die Einsetzung eines konservativen Kampfmittelkabinetts der ersten Kammer für den König ist und demnach zur Schaffung einer konservativen Reichsversammlung die sofortige Auflösung als sicher gilt.

Petersburg. Der „new kurs“ in Rußland. In einer Verlesung von Reichsräten, Abgeordneten und Professoren, wurde nach einem Vortrag des Generaladjutanten über Rußlands Kriegsbereitschaft eine bemerkenswerte Resolution zu den bevorstehenden Verhandlungen mit Deutschland angenommen, die dem neuen Premier überreicht werden wird. In der Resolution heißt es: Die demokratische Sachpolitik und an Unfähigkeit grenzende Schwäche der russischen Diplomatie in einer ganzen Reihe von Fragen über Albanien, Sibirien,

it Konzert  
Ball, vom  
er u Frau.  
Mittwoch, der  
nell!  
andnote  
elt.  
ber Gegenrat  
g nach der  
ud. Säftig.  
rsus  
ein die-  
S  
7. Febr.  
ol zum  
u nehme  
hnet  
zlehrer.  
haus  
rest am Walde  
ngen zu bet-  
einerstr. Nr. 3.  
er  
zu den schönsten  
ter oder Trar  
in der  
zmann.  
mässiger Preis-  
hüter,  
essenzbureau  
n an Markt  
ählung  
wir aus  
en.  
4.  
Fran  
b. Dist. 1.  
Hochzeit  
erfreuenden  
parallelat.  
d Frau.  
in Lichtenstein.